

Martin Sabrow

# Vergangenheit als Zukunftsressource

## Festrede zum Neujahrsempfang der Stadt Potsdam 2020

---

Potsdam, Nikolaisaal, 18. Januar 2020, 15.26-15.46 Uhr

1

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schubert,

sehr geehrte Frau Ministerin Schüle,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit Neujahrsreden verbindet sich die Hoffnung, einen gemeinsamen Blick in die Zukunft zu tun. Aber ob für diesen Zweck ein Historiker die richtige Rednerwahl ist, darf man füglich bezweifeln. Historiker können bekanntlich nur Vergangenheit, für die Zukunft sind sie nicht zuständig, und Sie sehen mich also vor der schwierigen Aufgabe, mit dem Blick auf die hinter uns liegende Zeit etwas über die kommende zu sagen.

Allerdings bin ich nicht ganz ohne Unterstützung. Wir alle nutzen gern zwei Instrumente, uns der Vergangenheit zu versichern, um für die Zukunft gerüstet zu sein: nämlich das historische Jubiläum und den historischen Vergleich. Tatsächlich werden wie im vergangenen Jahr auch in diesem bedeutende Jahrestage eine prägende Rolle für Potsdam wie für das Land Brandenburg und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt spielen. Dieser Reigen hat bereits begonnen: Die Gründung der „Grünen“ als Partei vor vierzig Jahren am ~~12./13.~~ ~~Januar 1980~~ begann die tradierte bundesdeutsche Parteienlandschaft nachhaltig zu wandeln. In wenigen Tagen werden wir der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 75 Jahren am 27. Januar 1945

gedenken, und im Frühjahr werden sich weitere Ereignisse zum 100. oder 75. mal jähren, die den Weg der Deutschen durch das 20. Jahrhundert gelenkt haben: In der Nacht zum 14. April 1945 wurde das Potsdamer Stadtgesicht durch Bombenangriff vernichtet, drei Wochen später erfolgte der Zusammenbruch des NS-Staates in der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, die eigentlich am 7. Mai in Reims und am frühen 9. Mai in Berlin-Karlshorst erfolgte. Im Sommer werden wir der mehrwöchigen Verhandlungen der alliierten Siegermächte vor 75 Jahren gedenken, die über die Regelung von Besatzungsfragen hinaus die Weichen der geteilten deutschen Geschichte für fast ein halbes Jahrhundert stellten und die wegen ihres heute wieder zu einem vorübergehenden Streitfall gewordenen Tagungsortes Schloss Cecilienhof den Namen „Potsdamer Konferenz“ erhielten. Dazwischen liegt das ebenfalls folgenreiche Datum des 27. April, an dem 100 Jahre zuvor aus sieben Städten und 59 Landgemeinden die neue Stadtgemeinde gebildet wurde, die sich unter dem Namen „Groß-Berlin“ anschickte, in den Rang der Weltstädte London und Paris aufzusteigen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird der Jubiläumsreigen mit der Erinnerung an den dreißigsten Jahrestag der Deutschen Einheit in der Bundesrepublik und besonders in Potsdam als ausrichtender Landeshauptstadt einen nachhaltigen Schlusspunkt setzen. Der allerdings wird vermutlich wie der dreißigste Jahrestag des Mauerfalls im vergangenen Jahr die Freude über die revolutionär errungene Freiheit mit der Nachdenklichkeit und vielleicht auch der Bitternis über die Last eines Umbruchs verbinden, der nicht nur die Überwindung einer überlebten Diktatur bedeutete, sondern auch soziale, politische und lebensgeschichtliche Verwerfungen nach sich zog, die der deutschen Gesellschaft bis heute zu schaffen machen.

Von all diesen Ereignissen, die lokale und nationale, vielfach auch weltgeschichtliche Dimensionen verschränkten, werden wir in diesem Jahr noch viel hören. Aber mein Vortrag soll ja nach vorne blicken, und ich lade Sie ein, die Perspektive einmal umzudrehen und darüber nachzudenken, wie die vor uns liegenden Jahrestage nicht die Vergangenheit wachrufen, sondern die unsere Gegenwart im Jahr 2020 prägen werden.

### DIE GESCHICHTE DES JUBILÄUMS

Warum überhaupt begehen wir Jubiläen? Die Frage ist nicht trivial. Das Jubiläum als Geschichtsfeier ist eine Einrichtung der Frühneuzeit und geht auf die antike Tradition bezeichnete des Gnaden- und Erlassjahrs zurück, an dem Sklaven ihre Freiheit erhielten und säumige Zahler ihrer Schulden ledig wurden. Im Christentum wandelte sich das jüdische Jubeljahr der Befreiung aus der Knechtschaft zum Heiligen Jahr der christlichen Kirche, in dem seit dem 14. Jahrhundert Rom-Pilgern im Petersdom vollständiger Ablass zugesichert wurde. Aus der reformatorischen Gegenbewegung gegen den Ablasshandel erwuchs dann die Idee, dem „papistischen Jubeljahr“ eine eigene Feiertradition entgegenzusetzen, das hundertjährige Reformationsjubiläum 1617 begründete die neuzeitliche Jubiläumskultur, die sich im 19. Jahrhundert zur nationalen Geschichtsfeier als Denkmal großer Taten entwickelte: das Wartburgfest 1817, der 100. Geburtstag Friedrich Schillers 1859, die Hundertjahrfeier der Leipziger Völkerschlacht 1913.

Den Schlusspunkt in dieser Reihe nationalistisch aufgeladener Gedächtnisfeiern bildete der sogenannte Tag von Potsdam 1933, und er trug auch dazu bei, dass die bundesdeutsche Geschichtskultur dem Jubiläum nach 1945 zunächst fremd und abwehrend gegenüberstand, während in der DDR etwa die „Republikgeburtstage“ am 7. Oktober und der 8. Mai als Tag der Befreiung mit viel Pomp begangen wurden. Anders

in der Bundesrepublik: Als der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 das Grundgesetz beschloss, tat er dies nicht, um an den 8. Mai 1945 in besonderer Weise zu erinnern, sondern um ihn zu überformen und das Böse durch das Gute zu überwinden. „Es ist wohl in Wahrheit“, beendete Adenauer die Sitzung nach der turbulenten Abstimmung, „für uns Deutsche der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933. Wir wollen von da an rechnen und nicht erst von dem Zusammenbruch an, so schwer die Jahre des Zusammenbruchs auch waren“. Auch sechzehn Jahre später, 1965, betrachtete Bundeskanzler Ludwig Erhard den 8. Mai nicht als einen herausgehobenen Gedenk- oder Feiertag, sondern lediglich als einen Tag, „so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm“; und nicht anders setzte Willy Brandt den in der DDR inszenierten Befreiungsfeiern ein entschiedenes Verzichtbekenntnis auf historische Antijubiläen entgegen: „Zwanzig Jahre sind genug – genug der Spaltung, genug der Resignation und genug des bloßen Zurückschauens.“ Weder der 20. Juli noch der 5. Mai als Tag der 1955 wieder erlangten Souveränität schafften es, zum nationalen Feiertag erhoben zu werden, und den 100. Jahrestag der Zweiten Deutschen Reichsgründung nutzte Bundespräsident Heinemann 1971 lediglich, um sich gegen den „ungerufenen Gedenktag“ zu verwahren. Allein der 17. Juni entwickelte sich in den fünfziger Jahren als Tag der Deutschen Einheit zu einem förmlichen Kult um den verlorenen Nationalstaat, der den Stolz auf die freiheitliche Demokratie mit der Anklage gegen die kommunistische Diktatur verknüpfte, bevor er in den sechziger Jahren dann von Jahr zu Jahr in der Bundesrepublik mehr zu einem leeren Ritual wurde und einer mehr oder minder jubiläumslosen Zeit Platz machte.

Woher rührte dieses Unbehagen am Jubiläum? Jubiläen pflegen die Vergangenheit in ein helles Licht zu tauchen. Runde Jahrestage galten bis dahin ausschließlich als Ehrungsanlässe, als Legitimitätsfeiern, die

Werbung in eigener Sache machen und historische Erfolgsbilanzen ziehen. Den Schlusspunkt dieser Diskreditierung des nationalen Jubiläums in Deutschland setzte der 40. Geburtstag der DDR, der in seinem grotesken Gegensatz zwischen der Feierfröhlichkeit der SED-Führung und der Wirklichkeit im Lande, zwischen der Gala im Palast der Republik und den Massenrepressalien auf der Straße vor allem einen Gorbatschow zugeschriebenen Satz hinterließ: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

Es bedurfte einer dramatischen Umcodierung, um das außer Kurs gesetzte Jubiläum wieder in die Geschichtskultur zurückzuholen., und diese Neuprägung erfolgte durch die Herausbildung des Trauer- und Mahnjubiläums. Die Herausbildung des Formats einer Feier- und Gedenkveranstaltung, die sich der jüngeren Vergangenheit ebenso mit Schmerz und Scham wie mit Stolz und Genugtuung entsinnt, begann in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren und zeichnete sich ansatzweise auch in der späten DDR zum 40. Jahrestag des nationalsozialistischen Judenpogroms 1988 ab. Greifbar wird sein Abschluss in Richard von Weizsäckers berühmter Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsende 1985, die den 8. Mai vom Tag der Kapitulation zum Tag der Befreiung umwertete. Mit der Anerkennung des Holocaust als geschichtskulturellem Gründungsfundament der Bundesrepublik und seiner sichtbaren Verankerung im Regierungsviertel der Bundeshauptstadt hat dieser Prozess seinen vorläufigen Abschluss gefunden, in dem sich Erinnerungslast und Erinnerungslust miteinander verbanden. Für den damit einhergehenden Übergang vom Feierjubiläum zum Trauerjubiläum steht der durch Bundespräsident Roman Herzog 1996 eingeführte Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, den Websites der politische Bildung nicht ganz ohne Mühe zu erläutern versuchen: „Der 27. Januar ist kein Feiertag im üblichen Sinn. Er ist ein

„DenkTag‘: Gedenken und Nachdenken über die Vergangenheit schaffen Orientierung für die Zukunft.“

## DAS NATIONALE STOLZJUBILÄUM

Wie radikal dieser Richtungswechsel war, lässt sich wohl nirgendwo so anschaulich demonstrieren wie in Potsdam, wo der Tag unseres heutigen Neujahrsempfangs einst so ganz anders begangen wurde. Sie werden es vielleicht gar nicht bemerkt haben. Aber wir schreiben den 18. Januar, und dieses Datum markierte über fast 250 Jahre hinweg den wichtigsten Tag im preußischen Jahreskalender, nämlich den Tag der Reichsgründung. Am 18. Januar 1701 hatte der brandenburgische Kurfürst Friedrich III. sich in Königsberg zum „König in Preußen“ krönen lassen; am 18. Januar 1871 war der Spiegelsaal von Versailles Schauplatz der Begründung des Deutschen Kaiserreichs durch die Akklamation der versammelten Bundesfürsten. Mit welcher Inbrunst dieses Jahrestags gedacht wurde, illustriert etwa die Zweihundertjahrfeier 1901, zu der im Berliner Tiergarten die berühmten Standbilder der Brandenburgisch-Preußischen Herrscher geschaffen wurden, die der Volksmund bis heute mit der Floskel „bis in die Puppen“ verspottet, und verrät die hymnische Begleitung des Jubiläums in der „Vossischen Zeitung“: „Vom Memelstrom bis zum Wasgenwald, vom brandenden Meer bis zu den majestätischen Alpenhöhen, in deutschen Gauen und im fernen Ausland, wo immer preußische Herzen schlagen, wo immer das deutsche Vaterland geliebt wird, da ist heute ein Tag des Festes und patriotischer Freude.“ (Vossische Zeitung, 18.1.1901, Abend-Ausgabe)

Ohne die Umbrüche der deutschen Geschichte wäre 2020 nicht das Jahr einer ambivalenten, Hell und Dunkel mischenden Geschichtskultur

geworden, sondern hätte vielleicht immer noch in der Tradition einer historischen Stolzkultur gestanden, die feierlich nicht nur den Tag der preußischen Staatsgründung begangen hätte, sondern mit noch viel mehr Getöse Jahrestag der Schlacht von Sedan, sie sich in diesem Jahr zum 150. Mal jährt. Der Sedanstag am 2. September erinnerte an die Kapitulation der französischen Armee am 2. September 1870 und avancierte im Deutschen Kaiserreich zum inoffiziellen Nationalfeiertag und eigentlichen Jubeltag des preußischen und deutschen Patriotismus. Am Sedantag 1873 wurde die Berliner Siegestsäule feierlich enthüllt, am Sedantag 1898 das Brandenburger Tor mit einem Zitat Wilhelms I. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung“ bekränzt, und was der Sedanstag selbst im Gefängnisalltag eines Häftlings bedeutete, der seine in Potsdam gekaufte Uniform 1906 zum Einbruch in einem Rathaus verwendet hatte, lehrt Carl Zuckmayers Bühnenstück über den Hauptmann von Köpenick, der zur Feier des Jahrestages mit seinen Haftkameraden die Schlacht von Sedan nachzustellen hatte und sich durch seine besondere Umsicht bei der Erstürmung der Höhe Toter Mann auszeichnete.

#### DIE JUBILÄUMSKULTUR UNSERER ZEIT

Es bedurfte des Untergangs dieser Stolzkultur und einer jahrzehntelangen Latenzzeit, um das Jubiläum in neuer Gestalt wieder in unser Geschichtsbewusstsein zurückzuholen. Erst mit der Umwertung von der Mimesis zur Katharsis konnte die historische Selbstvergewisserung durch Jubiläen und Gedenktage zum eigentlichen Motor der öffentlichen Beschäftigung mit unserer Vergangenheit werden, den sie heute darstellt. Unsere heutige Jubiläumskultur ist ein Format, das offen ist für alle Schattierungen einer Geschichtskultur, die Hell und Dunkel zusammenführt. Wir werden in diesem Jahr den 250. Geburtstag Hölderlins (20. März), Hegels (27. August) und Beethovens (17.

Dezember) feiern und an den 500. Todestag von Raffael (6. April) und den 100. Todestag des großen Soziologen Max Webers erinnern (14. Juni). Wir werden der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 27. Januar 1945 gedenken und an diesem heute weltweiten Holocaust-Gedenktag zugleich daran erinnern, dass Europa damit „nicht von Antisemitismus und rechtsextremem Hass befreit“ wurde, wie der Exekutiv-Vizepräsident des Auschwitz Komitees, Christoph Heubner jüngst erklärte. Wir werden ein Vierteljahr später der deutschen Kriegsniederlage und zugleich Befreiung der ganzen Welt am 8. Mai 1945 gedenken – in Berlin in diesem Jahr sogar als „einmaliger Feiertag“- und zugleich die Gründung der Vereinten Nationen am 26. Juni vor 75 Jahren würdigen. Und wir werden am 3. Oktober den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit in dem Bewusstsein begehen, dass dieses Datum den glücklichen Ausgang aus einem Katastrophenjahrhundert markiert. Es begann 1914 mit dem verhängnisvollen Ausbruch des Ersten Weltkriegs und erlebte eine gewaltgeladene Auseinandersetzung um die durchsetzungsstärkste Ordnung der Gesellschaft, aus der nach einer langen Schwächeperiode am Ende überraschend das Modell des demokratisch verfassten Rechtsstaats siegreich hervorging. Wenn diese Staatsform heute als zum mindesten formal anerkannter Standard staatlicher Ordnung für das 21. Jahrhundert auch in denjenigen Staaten dasteht, die die Maximen eines liberaldemokratischen Gemeinwesens fortwährend verletzen, dann ist kann unser Jubiläumsjahr 2020 mit einem Triumph des hellen Gedächtnisses enden, der zugleich des Dunkels davor gewahr bleibt.

#### DER WEIMAR- VERGLEICH

Aber Jubiläen sind trügerische Zukunftszeiger. Sie versichern uns beständig einer gewachsenen Tradition, die schon morgen überholt sein kann. Neben dem Jubiläum bedienen wir uns daher gern des historischen

Vergleichs, um mit Hilfe der Vergangenheit die Ungewissheit der Zukunft zu vermindern. Mit seiner Hilfe wollen wir in den Worten des Geschichtstheoretikers Reinhart Koselleck die Kluft zwischen Erfahrung und Erwartung schließen, die den Epochencharakter der Neuzeit ausmacht. Der Vergleich wirkt besonders verführerisch, wenn er sich mit der Magie des Jubiläums verbindet: 2014 hielt Europa in der Krimkrise auch deswegen den Atem an, weil hinter ihr das Menetekel der Balkankrise 1914 aufschien, die die Welt in den Ersten Weltkrieg gestürzt hatte. Heute stärkt die 100. Wiederkehr der Weimarer Republik die Sorge unserer ungewiss gewordenen Berliner Republik vor einer Wiederkehr Weimarer Verhältnisse, und pünktlich zum Jahresbeginn beschäftigt sich das Feuilleton mit der Frage, ob wir nicht vielleicht vor einer Wiederkehr der Zwanziger Jahre und ihres Kontrastes von kulturellem Aufbruch und politischem Abbruch stehen.

Die digitale Revolutionierung der politischen Kultur, die Verdrängung von Parteien durch Bewegungen, allen voran die atemberaubende Erosion des sozialdemokratischen Milieus und der gleichzeitige Aufstieg des Rechtspopulismus haben in Deutschland ein Klima der kulturellen Unsicherheit erzeugt, in dem innerhalb weniger Jahre die vermeintliche Sekurität zur erfahrenen Fragilität geworden ist. Aber wieder ist zu warnen. Auch der Vergleich gaukelt schnell falsche Nähe vor. Anders als das geteilte Deutschland nach 1945 entstand die Weimarer Republik nicht aus einer Stunde Null totaler Zerstörung, sondern aus dem Trauma einer unverarbeiteten Kriegsniederlage, die in den Ruf nach Revision und Revanche mündete. Die 1920er Jahre kannten nicht die soziale Absicherung unserer Tage, sie bildeten keine nivellierte Mittelstandsgesellschaft aus, sondern ein dramatisches Nebeneinander von prassendem Reichtum und verzweifelter Armut, von urbaner Moderne und ländlicher Rückständigkeit. Die erste deutsche Republik wurde nicht

von einer breiten demokratischen Mehrheit getragen, sondern von einem nationalistischen Staatsverständnis untergraben, das liberale Verfassung und postnationales Denken für westliche Zivilisationskrankheit hielt. Vor allem aber waren die Zwanziger Jahre eine Zeit des politischen Messianismus und der Hoffnung auf eine erlösende Zukunft, die unserer Gegenwart gänzlich fremd geworden ist.

Vor diesen fundamentalen Diskrepanzen verblasen die sich aufdrängenden Parallelen. Die zunehmende politisch-kulturelle Spaltung der Gesellschaft und die Erosion der Parteienlandschaft sind besorgniserregend, aber sie stellen die Akzeptanz und Stabilität der mittlerweile siebzigjährigen Demokratie in Deutschland nicht in Frage. Was das Jahr 2020 für uns werden wird, welchen Eintrag es in das Buch der Geschichte schreiben wird, kann uns kein Vergleich und kein Jahrestag lehren, weil am Ende der Blick in die Vergangenheit nur eine Gewissheit für die Zukunft birgt, nämlich die, dass der Lauf der Geschichte nicht vorherbestimmt und die Zukunft offen ist. Sie lässt sich gewinnen oder verlieren; immer aber liegt sie in uns selbst.